

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Einleitung und Programm der Untersuchung	1

Erster Teil

<i>Die Sonderstellung öffentlicher Unternehmen in einer primär privatwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung</i>	5
§ 1 Der Begriff des öffentlichen Unternehmens	5
§ 2 Die grundsätzliche verfassungsrechtliche Zulässigkeit öffentlicher Wirtschaftsteilnahme	16
§ 3 Die öffentlichen Unternehmen im primären Gemeinschaftsrecht ..	30

Zweiter Teil

<i>Verfassungsrechtliche Strukturdirektiven für die organisatorisch-institutionelle Gestaltung öffentlicher Unternehmen</i>	39
§ 4 Grundsätzliche Wahlfreiheit bei der Organisation	39
§ 5 Einschränkungen der Wahlfreiheit	45
§ 6 Demokratische Legitimation, Verfolgung öffentlicher Aufgaben und Ingerenzpflichten der öffentlichen Hand als verfassungsrechtliche Organisations- und Strukturdirektiven für öffentliche Unternehmen	55

Dritter Teil

<i>Die Umsetzung der verfassungsrechtlichen Organisations- und Strukturdirektiven auf der einfachrechtlichen Ebene</i>	97
§ 7 Die Umsetzung der verfassungsrechtlichen Vorgaben bei Unternehmen mit öffentlich-rechtlicher Rechtsform	97

§ 8	Motive des unternehmensmorphologischen Paradigmenwechsels .	149
§ 9	Die Umsetzung der verfassungsrechtlichen Vorgaben bei Unternehmen mit privatrechtlicher Rechtsform	173

Vierter Teil

	<i>„Verwaltungsgesellschaftsrecht“ als dogmatischer Lösungsansatz?</i>	269
§ 10	Das dogmatische Konzept des Verwaltungsgesellschaftsrechts	270
§ 11	Kritik an der Lehre vom Verwaltungsgesellschaftsrecht	279

Fünfter Teil

	<i>Die Entwicklung einer „öffentlich-rechtlichen Gesellschaft“</i>	297
§ 12	Die de lege ferenda eröffneten Gestaltungsoptionen	297
§ 13	Zum Stand der Diskussion um eine eigenständige Rechtsform für öffentliche Unternehmen	305
§ 14	Konzeptionelle Grundentscheidungen	340
§ 15	Einzelmaßgaben für eine Ausgestaltung der „Öffentlich-rechtlichen Gesellschaft“	357
§ 16	Zusammenfassung in Thesen	390
	Literaturverzeichnis	397
	Sachregister	419

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Einleitung und Programm der Untersuchung	1

Erster Teil

<i>Die Sonderstellung öffentlicher Unternehmen in einer primär privatwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung</i>	5
--	---

§ 1 <i>Der Begriff des öffentlichen Unternehmens</i>	5
A. Bestandsaufnahme: Differenzierte Terminologie und uneinheitliche Verwendung gleichlautender Bezeichnungen	5
I. Inkongruente Begriffsbildung in der deutschen Rechtsordnung	5
II. Unterschiedlicher Gebrauch in der Literatur, insbesondere in den Nachbarwissenschaften	6
III. Der Begriff des „öffentlichen Unternehmens“ in Art. 86 Abs. 1 EGV	7
B. Notwendigkeit einer eigenen Abgrenzung zum Zwecke der Untersuchung	10
I. Der institutionelle Unternehmensbegriff zur Kennzeichnung wirtschaftlich relevanter Staatstätigkeit	10
II. Das Adjektiv „öffentlich“ als formales Kriterium zur Ausgrenzung privatwirtschaftlicher Unternehmen	11
1. Eigenunternehmen	12
2. Gemischt-öffentliche Unternehmen	12
3. Gemischt-wirtschaftliche Unternehmen	13
III. Instrumentalfunktion öffentlicher Unternehmen	14
§ 2 <i>Die grundsätzliche verfassungsrechtliche Zulässigkeit öffentlicher Wirtschaftsteilnahme</i>	16
A. Keine ausdrückliche Thematisierung im Verfassungsrecht	16
I. Grundgesetz	16
II. Landesverfassungen	17

B.	Mittelbar relevante Verfassungsaussagen des Grundgesetzes	18
I.	Thematisierung einzelner wirtschaftlicher Betätigungen	18
1.	Art. 88 GG (Bundesbank)	18
2.	Art. 87e, Art. 87f GG (Bahn- und Postunternehmen)	19
3.	Art. 143a, Art. 143b GG (Übergangsbestimmungen)	21
4.	Bedeutung der Thematisierung einzelner Sektoren	21
II.	Bezugnahme auf vorverfassungsrechtlich existente öffentliche Unternehmen	22
1.	Finanzmonopole	22
2.	Bundesbetriebe, Sondervermögen, Beteiligungen des Landes Preußen	22
C.	Keine aus den Grundrechten abzuleitende Unzulässigkeit staatlicher Wirtschaftstätigkeit	23
D.	Keine Begrenzung durch ein metaverfassungsrechtliches Subsidiaritätsprinzip	25
§ 3	<i>Die öffentlichen Unternehmen im primären Gemeinschaftsrecht</i> ..	30
A.	Anerkennung der Instrumentalfunktion öffentlicher Unternehmen	31
B.	Zur mittelbaren Bindung öffentlicher Unternehmen an den EGV (Art. 86 Abs. 1 EGV)	32
C.	Die ausnahmsweise gewährte relative Bindungsfreiheit (Art. 86 Abs. 2 EGV)	33
I.	Abgrenzung der privilegierten Unternehmen	33
II.	Rechtliche oder tatsächliche Verhinderung der besonderen Aufgabenerfüllung	35
III.	Vorbehalt entgegenstehender Gemeinschaftsinteressen	37

Zweiter Teil

	<i>Verfassungsrechtliche Strukturdirektiven für die organisatorisch-institutionelle Gestaltung öffentlicher Unternehmen</i>	39
§ 4	<i>Grundsätzliche Wahlfreiheit bei der Organisation</i>	39
A.	Kontinuität zur Weimarer Rechtspraxis	39
B.	Hinweise im Grundgesetz	40
I.	Private Rechtsformen im VIII. Abschnitt	40
II.	Wahlfreiheit als Ausfluß der Garantie kommunaler Selbstverwaltung (Art. 28 Abs. 2 GG)	42
§ 5	<i>Einschränkungen der Wahlfreiheit</i>	45

A.	Einschränkung der Wahlfreiheit durch Maßgaben des VIII. Abschnitts des Grundgesetzes	45
	I. Impermeable Typik der Bundeseigenverwaltung	45
	II. Die Notwendigkeit systemwahrender Auslegung des Art. 87d Abs.1 S.2 GG	47
	III. Ingerenzmöglichkeiten bei der Bundesauftragsverwaltung	48
B.	Einschränkung durch den Funktionsvorbehalt des Art. 33 Abs.4 GG	49
C.	Föderale Schranken einer Wahlfreiheit	52
§ 6	<i>Demokratische Legitimation, Verfolgung öffentlicher Aufgaben und Ingerenzpflichten der öffentlichen Hand als verfassungsrechtliche Organisations- und Strukturdirektiven für öffentliche Unternehmen</i>	55
A.	Anforderungen aus dem Demokratieprinzip	55
	I. Die institutionelle und die funktionelle demokratische Legitimation	55
	II. Die organisatorisch-personelle demokratische Legitimation ..	56
	1. Das Volk als Legitimationssubjekt	57
	2. Legitimationsbedürftige „Staatsgewalt“	58
	3. Die organisatorisch-personelle demokratische Legitimation in Kollegialorganen	60
	a) Meinungsstand	60
	b) Lösungsansatz: Legitimation der Entscheidung	61
	c) Das Prinzip der doppelten Mehrheit	62
	III. Die sachlich-inhaltliche demokratische Legitimation	66
	IV. Kompensationsmöglichkeiten	67
B.	Anforderungen aus dem Rechtsstaatsprinzip	68
	I. Funktionelle Gewaltenteilung und institutionelle Gewaltentrennung, Art. 20 Abs.2 S.2 GG	68
	1. Die Inkompatibilitätsregel des Art. 137 Abs.1 GG	69
	2. Abgeordnete in Aufsichtsorganen öffentlicher Unternehmen	72
	II. Der institutionelle Gesetzesvorbehalt	74
	1. Verwaltungsorganisation zwischen exekutiver Organisationsgewalt und Wesentlichkeitstheorie	75
	2. Die vom institutionellen Gesetzesvorbehalt geforderte Regelungsdichte	79
	III. Der allgemeine Funktionsvorbehalt gemeinwohlorientierter Aufgabenwahrnehmung	80
	1. Notwendigkeit der Rechtfertigung öffentlicher Wirtschaftsaktivität durch gemeinwohlbezogene Erwägungen	80
	2. Öffentlicher Zweck, öffentliche Aufgaben und Staatsaufgaben ...	81
	3. Zur normativen Vorprägung des öffentlichen Zwecks	84

IV. Der Gedanke materieller Rechtsstaatlichkeit	84
1. Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes (Art. 19 Abs. 4 GG) und Beibehaltung des Grundrechtsschutzes	85
2. Sicherung materieller Rechtsbindungen	85
3. Keine Verunklarung materieller Verantwortlichkeit	86
C. Anforderungen aus dem Sozialstaatsprinzip	86
D. Spezielle Anforderungen aus der Garantie kommunaler Selbstverwaltung	88
I. Öffentliche Zweckbindung kommunaler Wirtschaft als Ausfluß des Homogenitätsgebotes in Art. 28 Abs. 1 S. 1 GG ..	88
II. Ingerenzpflicht als Ausfluß von Einheitlichkeit der Verwaltung und Verantwortlichkeit der Gemeindevertretung ..	89
III. Räumliche Beschränkung der wirtschaftlichen Betätigung	91
E. Grundrechtlich geforderte Verfolgung eines öffentlichen Zwecks bei öffentlicher Wirtschaftstätigkeit	93
I. Wettbewerbsteilnahme der öffentlichen Hand als faktische Grundrechtsbeeinträchtigung	93
II. Die Verfolgung öffentlicher Zwecke als verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Grundrechtseingriffs	95

Dritter Teil

<i>Die Umsetzung der verfassungsrechtlichen Organisations- und Strukturdirektiven auf der einfachrechtlichen Ebene</i>	97
§ 7 <i>Die Umsetzung der verfassungsrechtlichen Vorgaben bei Unternehmen mit öffentlich-rechtlicher Rechtsform</i>	97
A. Typik der verfügbaren öffentlich-rechtlichen Rechtsformen	97
I. Der Regiebetrieb als Grundmodell der wirtschaftlichen Betätigung des Staates	98
1. Historische Entwicklungslinien	98
2. Bruttobetriebe	98
3. Nettobetriebe, insbesondere gem. § 26 Abs. 1 BHO/LHO	100
II. Der Eigenbetrieb als traditioneller Regelfall kommunalen Wirtschaftens in öffentlich-rechtlicher Rechtsform	101
1. Historische Entwicklungslinien	101
2. „Sondervermögen“ als Erscheinungsformen auf der Staatsebene ..	102
3. Grundstrukturen des Eigenbetriebsrechts	104
4. Falsch etikettierte Eigenbetriebe	106
III. Die rechtsfähige Anstalt als Sonderform öffentlicher Unternehmen	106
1. Historische Entwicklungslinien	106

2. Notwendigkeit eines Errichtungsgesetzes	108
3. Grundstrukturen der Anstaltsverfassung	109
4. Sektorale Durchsetzung mit kapitalgesellschaftsrechtlichen Strukturelementen	113
IV. Der Zweckverband als Modell körperschaftlich verfaßter Kooperation	114
V. Ausblendung sonstiger öffentlich-rechtlicher Rechtsformen ..	116
B. Zum Grad der Verwirklichung der verfassungsrechtlichen Struktur- und Organisationsdirektiven	117
I. Zweckprogrammierung	117
1. Rechtliche Möglichkeiten	117
2. Umsetzung in der Praxis	118
II. Steuerung durch Einwirkung	120
1. Zur Differenzierung zwischen Einwirkung und Kontrolle	120
2. Einwirkung auf Regiebetriebe	121
3. Einwirkung auf Eigenbetriebe	122
4. Einwirkung auf rechtsfähige Anstalten	124
5. Einwirkung auf Zweckverbände	127
III. Steuerung durch Kontrolle	128
1. Finanz- und Wirtschaftlichkeitskontrolle	128
2. Aufgabenerfüllungskontrolle	129
3. Die rechtsformabhängige Ausgestaltung der Finanz- und Aufgabenerfüllungskontrolle	130
a) Regiebetriebe	130
b) Eigenbetriebe	131
c) Rechtsfähige Anstalten	134
d) Zweckverbände	135
e) Fazit	135
IV. Demokratische Legitimation	135
1. Allgemeine Organbestellung	136
2. Das Sonderproblem der Mitbestimmung in öffentlich-rechtlichen Unternehmen	139
a) Bestandsaufnahme der Mitbestimmungspraxis	139
b) Bundesverfassungsgerichtliche Vorgaben	142
c) Konsequenzen für die personelle Mitbestimmung	143
d) Konsequenzen für die direktive Mitbestimmung	145
V. Fazit	148
§ 8 <i>Motive des unternehmensmorphologischen Paradigmenwechsels</i> ..	149
A. Historische Entwicklungslinien und Statistik	149
B. Überprüfung der Motive für die Wahl privater Rechtsformen	153
I. Strukturelle Flexibilität bei Errichtung und Auflösung	153
II. Beweglichere Aufbau- und Ablauforganisation	157
III. Kreditwürdigkeit und Kreditfinanzierungsmöglichkeiten	158

IV. Haftungsbeschränkung	159
V. Flexibilität in der Personalwirtschaft	160
VI. Steuerliche Vorteile	163
VII. Kooperationsmöglichkeiten	167
VIII. Öffentliches Vergabewesen	168
IX. Sonstige Motive	171
X. Fazit	172
 § 9 Die Umsetzung der verfassungsrechtlichen Vorgaben bei Unternehmen mit privatrechtlicher Rechtsform	173
A. Typik der verfügbaren privatrechtlichen Rechtsformen	173
I. Grundzüge der Organisationsverfassung der Aktiengesellschaft	174
II. Grundzüge der Organisationsverfassung der Gesellschaft mit beschränkter Haftung	177
III. Besonderheiten der sog. „kleinen“ Aktiengesellschaft	179
B. Zum Grad der Verwirklichung der verfassungsrechtlichen Struktur- und Organisationsdirektiven	182
I. Zweckprogrammierung	183
1. Rechtliche Möglichkeiten	183
2. Umsetzung in der Praxis	187
II. Steuerung durch Einwirkung	189
1. Die Einräumung eines angemessenen Einflusses des öffentlichen Gesellschafters bei der Organbildung	190
a) Sicherung der Stimmrechtsmacht in der Anteilseignerversammlung	191
aa) Gesellschafterversammlung der GmbH	191
bb) Hauptversammlung der AG	192
b) Teilhabe an der personellen Besetzung der Leitungs- und Aufsichtsorgane	194
aa) Teilhabe an der Zusammensetzung von Geschäftsführung und fakultativem oder obligatorischem Aufsichtsrat einer GmbH	194
bb) Teilhabe an der Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat einer AG	196
2. Die Einwirkung des öffentlichen Gesellschafters auf die Willensbildung in der Gesellschaft durch Weisungsrechte	197
a) Einwirkung auf die Vertreter in der Anteilseignerversammlung	198
aa) Weisungsgebundene Vertreter der öffentlichen Hand	198
bb) Zulässigkeit proportional gespaltener Stimmabgabe?	199
aaa) Gesellschaft mit beschränkter Haftung	201
bbb) Aktiengesellschaft	202
b) Einwirkung auf die Mitglieder im Aufsichtsrat	203

aa) Aktiengesellschaft	204
bb) Gesellschaft mit beschränkter Haftung	207
cc) Stimmbindungsverträge mit Aufsichtsratsmitgliedern? ...	208
c) Einwirkung auf das Leitungsorgan	209
aa) Einwirkung auf den Vorstand einer Aktiengesellschaft ...	209
bb) Einwirkung auf die Geschäftsführung einer GmbH	210
3. Die Einwirkung des öffentlichen Gesellschafters auf die Willensbildung in der Gesellschaft durch Mittel des Konzernrechts	214
a) Unternehmenseigenschaft der öffentlichen Hand	215
b) Einwirkung mit Mitteln des Vertragskonzernrechts	217
aa) Umfang und Grenzen des Weisungsrechts	218
bb) Die Pflicht zum Verlustausgleich	219
cc) Die Einschaltung einer Holding-GmbH	222
c) Einwirkung im faktischen Konzern	223
aa) Der einfache faktische Konzern	223
bb) Der qualifiziert faktische Konzern	226
4. Fazit zur Steuerung durch Einwirkung	227
III. Steuerung durch Kontrolle	230
1. Finanz- und Wirtschaftlichkeitskontrolle	230
a) Abschlußprüfung nach §§ 264 ff. HGB	230
b) Erweiterte Jahresabschlußprüfung nach § 53 HGrG	232
aa) Ordnungsgemäßheit der Geschäftsführung	233
bb) Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse	234
c) Betätigungsprüfung nach §§ 44, 54 HGrG, 92 BHO/LHO ...	235
d) Adressaten der Prüfungsergebnisse	237
e) Finanzplanungspflicht	239
2. Aufgabenerfüllungskontrolle	240
a) Berichtspflichten	240
aa) Aktiengesellschaft	240
aaa) Verschwiegenheitspflicht der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder	241
bbb) Partielle Informationsöffnung durch § 394 AktG ...	242
ccc) Insbesondere Berichtspflichten in den Gemeindeordnungen	243
bb) Gesellschaft mit beschränkter Haftung	244
cc) Auswahl der Berichtsadressaten	245
b) Teilnahme von Ratsvertretern an Aufsichtsratssitzungen?	248
c) Beteiligungsberichte	249
3. Beteiligungsverwaltung	250
a) Organisation	251
b) Aufgaben	251
c) Verschwiegenheitspflicht	252
d) Schwachpunkte	253
IV. Demokratische Legitimation	253
1. Zum Erfordernis einer organisatorisch-personellen demokratischen Legitimation in Eigengesellschaften	254

2. Demokratische Legitimation und kapitalgesellschaftliche Binnenstruktur	256
3. Demokratische Legitimation und Mitbestimmung in öffentlichen Unternehmen privaten Rechts	258
4. Organisatorisch-personelle Legitimation in gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen	262
V. Fazit	265

Vierter Teil

„ <i>Verwaltungsgesellschaftsrecht</i> “ als dogmatischer Lösungsansatz?	269
§ 10 Das dogmatische Konzept des Verwaltungsgesellschaftsrechts	270
A. Kritik an der These vom „Vorrang“ des Gesellschaftsrechts	270
B. Verfassungskonforme Auslegung des Gesellschaftsrechts	272
C. Anknüpfung an die Lehre vom Verwaltungsprivatrecht	273
D. Grundmuster und Modalitäten der Normüberlagerung	274
E. Einzelne Elemente des Verwaltungsgesellschaftsrechts	275
I. Weisungsrechte gegenüber Vorstand oder Aufsichtsrat	276
II. Unzulässigkeit direkter Mitbestimmung	278
§ 11 Kritik an der Lehre vom Verwaltungsgesellschaftsrecht	279
A. Methodische Notwendigkeit verfassungskonformer Auslegung des Gesellschaftsrechts?	279
I. Die übergangene Entscheidungsalternative	280
II. Zum Verständnis der §§ 394, 395 AktG	281
III. Gefahr eines Zirkelschlusses	282
B. Verwaltungsgesellschaftsrecht als Facette des Verwaltungsprivatrechts?	283
I. Handlungsrecht und Organisationsrecht	283
II. Rechtsfolgenklarheit als Voraussetzung der privatrechtsüberlagernden Wirkkraft	286
III. Unterschiedliche Grundrechtsrelevanz	287
C. Zum Grundmuster der Überlagerung: praktische Konkordanz? ..	289
D. Zu den einzelnen Elementen des Verwaltungsgesellschaftsrechts ..	290
I. Dogmatische Verengung der Vorschläge auf Eigengesellschaften	290
II. Unmittelbare Verfassungswertigkeit der Einzelweisungsbefugnis?	291
III. Statthaftigkeit von Einzelweisungen als Folge eines argumentum a maiore ad minus aus der Möglichkeit zur Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern?	293

E. Fazit	294
----------------	-----

Fünfter Teil

<i>Die Entwicklung einer „öffentlich-rechtlichen Gesellschaft“</i>	<i>297</i>
--	------------

<i>§ 12 Die de lege ferenda eröffneten Gestaltungsoptionen</i>	<i>297</i>
--	------------

A. Schaffung eines Sondergesellschaftsrechts für öffentliche Unternehmen	297
I. Formulierung zusätzlicher Ausnahmetatbestände	298
II. Neukreation einer privatrechtlichen (Sonder-)Rechtsform	299
B. Modifikation des geltenden Eigenbetriebsrechts	300
C. Entwicklung einer eigenständigen öffentlich-rechtlichen Rechtsform für öffentliche Unternehmen	302

<i>§ 13 Zum Stand der Diskussion um eine eigenständige Rechtsform für öffentliche Unternehmen</i>	<i>305</i>
---	------------

A. Rein ordnungspolitisch motivierte Vorschläge	306
B. Rechtsformkonzepte auf der Basis des Privatrechts, des Stiftungsrechts oder einer unselbständigen Anstalt	307
C. Rechtsformentwürfe für öffentliche Unternehmen der Kommunen	308
I. Verband kommunaler Unternehmen (1954)	309
II. Gerhard Wicher (1963)	310
III. Wolfgang Büchner (1982)	311
IV. Dirk Ehlers (1984)	312
V. Heinrich Schraffer (1993)	312
D. Rechtsformentwürfe für öffentliche Unternehmen des Bundes, der Länder und Kommunen	313
I. Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft/Friedrich Zeiß (1955) .	313
II. Bernd Janson (1980)	315
III. Michael Schaper (1982)	316
E. Aktuelle Entwicklungen im Gemeindewirtschaftsrecht	317
I. Berlin	317
II. Bayern	318
III. Rheinland-Pfalz	319
IV. Nordrhein-Westfalen	320
F. Organisationsvorbilder öffentlicher Unternehmen im ausländischen Recht	321
I. Frankreich	322

1. Das Konzept des service public	322
2. Rechtsformen der öffentlichen Unternehmen	325
3. Steuerungsmöglichkeiten des Staates	326
II. Spanien	327
1. Servicio Público und Art. 128 Abs.2 CE	328
2. Rechtsformen der Aufgabenwahrnehmung	330
3. Reformansätze	331
III. Schweiz	332
1. Überblick	333
2. Rechte der öffentlichen Hand bei den im öffentlichen Interesse tätigen Aktiengesellschaften, Art. 762 OR	335
3. Spezialgesetzliche Aktiengesellschaften gem. Art. 763 OR	337
IV. Schlußfolgerung	338
 § 14 <i>Konzeptionelle Grundentscheidungen</i>	340
A. Anlehnung an die „Organisationsverfassung“ der rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts	340
I. Vorzüge der Anstaltsform	341
II. Anstaltsträgerschaft als unverzichtbares Kernelement des Anstaltsorganisationsrechts	342
III. Fortbestand von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung?	343
B. Verbandskompetenz zur Kreation einer eigenständigen Rechtsform für öffentliche Unternehmen	347
I. Bundeskompetenzen in speziellen Wirtschaftssektoren	347
II. Die Bundeskompetenz „Recht der Wirtschaft“ in Art. 74 Abs. 1 Nr. 11 GG	348
III. Landeskompentzen im Bereich der Verwaltungsorganisation	349
IV. Bundesgesetz als fakultatives Organisationsvorbild	350
C. Materieller Geltungsanspruch des Errichtungsgesetzes	352
I. Die neue Rechtsform als zusätzliche Gestaltungsoption	352
II. Einbezug gemischt-wirtschaftlicher Unternehmen	353
III. Geltung auch für sog. nicht-wirtschaftliche Unternehmen	354
 § 15 <i>Einzelmaßgaben für eine Ausgestaltung der „Öffentlich-rechtlichen Gesellschaft“</i>	357
A. Zweckprogrammierung	358
B. Innere Organisationsverfassung	360
I. Art der Organe	361
II. Wahrung demokratischer Legitimationsanforderungen bei der Zusammensetzung der Organe	363

C. Steuerung durch Einwirkung und Kontrolle	365
I. Einwirkung	365
1. Einwirkung auf die Unternehmensführung	366
2. Einwirkung auf den Verwaltungsrat	367
3. Einwirkung auf die Unternehmensversammlung	369
II. Kontrolle	370
1. Finanz- und Wirtschaftlichkeitskontrolle	370
2. Aufgabenerfüllungskontrolle	372
a) Verbesserung der internen und externen Kontrolle	372
b) Berichtspflichten und Geheimnisschutz	373
D. Demokratische Legitimation	375
I. Legitimationspostulat und Mitbestimmung	375
II. Legitimationspostulat und Beteiligung Privater	377
1. Beteiligung als typischer stiller Gesellschafter	379
2. Beteiligung als atypischer stiller Gesellschafter	380
3. Einbindung der Anstalt in eine privatrechtliche Konzernstruktur	382
4. Beteiligung Privater durch stimmrechtslose Vorzugsanteile	386
5. Echte Beteiligung unter Einräumung mitunternehmerischer Rechte	387
6. Fazit	389
§ 16 Zusammenfassung in Thesen	390
Literaturverzeichnis	397
Sachregister	419